



Kiel, 25.08.2017

Sperrfrist: Freitag 25.08.2017  
11:00 Uhr

## PRESSEMITTEILUNG

### Städtetag zur Finanzlage der kreisfreien Städte: Städte erwarten Altschuldenhilfe und Verbesserung der Finanzausstattung

*"Auch wenn die Konjunktur gut läuft und die Steuereinnahmen sich in den vergangenen 2 Jahren für einzelne Städte positiv entwickelt haben, gibt es überhaupt keinen Grund zur Entwarnung, sondern weiterhin dringenden Handlungsbedarf. Das Land steht in der Pflicht, die Talfahrt der Kommunalfinanzen im Bundesländervergleich endlich durch eine verbesserte Finanzausstattung und eine Nachfolgeregelung für die Konsolidierungshilfen schnell zu beenden", erklärte **Bernd Saxe**". Die Ergebnisse der Statistischen Ämter und die jüngste Bertelsmann-Studie haben die seit Jahren vorgetragenen Alarmsignale wieder einmal bestätigt.*

*„Das Land verfügt auch aufgrund der guten Konjunktur mit erheblichen Steuermehreinnahmen und den ab 2020 zu erwartenden zusätzlichen Einnahmen aus der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen über die notwendigen Mittel, den Städten in Schleswig-Holstein schnell und wirksam zu helfen“ erläuterte **Dr. Olaf Taurus**, Stv. Vorsitzender des Städtetages und Neumünsters Oberbürgermeister die Erwartungshaltung der Städte.*

Die kreisfreien Städte werden in den Bemühungen der Haushaltskonsolidierung nicht nachlassen. Die in diesem Zusammenhang gewährten Hilfen werden im Jahr 2018 auslaufen. Notwendig sind Anschlusslösungen, für die es Signale im Koalitionsvertrag gibt. *„Besonders wichtig ist ein umfassendes Konzept zur Sanierung der städtischen Finanzen, das auch die Altschuldenproblematik löst, um die notwendige Investitionskraft zu gewinnen“*, mahnte der Kieler Oberbürger **Dr. Ulf Kämpfer** und verweist insoweit auf die Vorschläge des Landesrechnungshofs für einen kommunalen Schuldenentlastungsfonds ([http://lrh-sh.de/file/kb2016\\_tz12.pdf](http://lrh-sh.de/file/kb2016_tz12.pdf)) und Wege die andere Bundesländer beschritten haben, um die kommunale Altschuldenproblematik zu lösen ([https://finanzen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/pressemitteilung\\_mit\\_graphiken\\_-\\_die\\_hessenkasse\\_neustart\\_fuer\\_hessens\\_kommunen.pdf](https://finanzen.hessen.de/sites/default/files/media/hmdf/pressemitteilung_mit_graphiken_-_die_hessenkasse_neustart_fuer_hessens_kommunen.pdf)).

Die Oberbürgermeister und Bürgermeister sind sich einig, dass nur bei einer strukturell wirksamen Verbesserung der Finanzausstattung die Städte wichtige Herausforderungen der Stadtentwicklung wie z.B.

- den Umbau zu einer digitalen Verwaltung,
- die aufwachsenden Bedarfe in der Kinder- und Schulkindbetreuung,
- die notwendigen Investitionen in die Bildungslandschaft,
- den Erhalt und die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur
- sowie der Finanzierung der Integration

bewältigen können. Deshalb sei schnelle Hilfe unbedingt notwendig.

*„Strukturelle Hilfe ist auch deshalb notwendig, weil es den kreisfreien Städten angesichts ihrer vielfältigen Aufgaben immer noch an der ausreichenden Eigenfinanzierungsfähigkeit fehlt. Dafür Sorge immer noch eine atypische Steuerkraftverteilung zwischen kreisfreien Städten und kreisangehörigen Raum“,* stellte Flensburgs Kämmerer, Bürgermeister **Henning Brüggemann** fest. Schleswig-Holstein habe das geringste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner der westdeutschen Bundesländer, was sich auch im bundesweiten Steuerkraftvergleich widerspiegelt. Das Land sei in der Pflicht v. a. durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik die Basis für alle zu verbessern und ferner durch eine entsprechende Rahmensetzung (Finanzausgleich, Landesplanung, Sozialentlastungen) gezielt die Zentren zu fördern. Starke Zentren bringen das Land in Gänge voran.

Beschränkungen der kommunalen Einnahmemöglichkeiten oder das in Aussicht stellen von kommunalen Entlastungen sei der falsche Ansatz, den Problemen der Kommunalfinanzierung zu begegnen, es sei denn, das Land kompensiere ausfallende Einnahmemöglichkeiten.

Verantwortlich:

Marc Ziertmann

Stellvertretender Geschäftsführer des Städteverbandes Schleswig-Holstein

**Hintergrund:**

1. FINANZLAGE DER KOMMUNEN IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH:

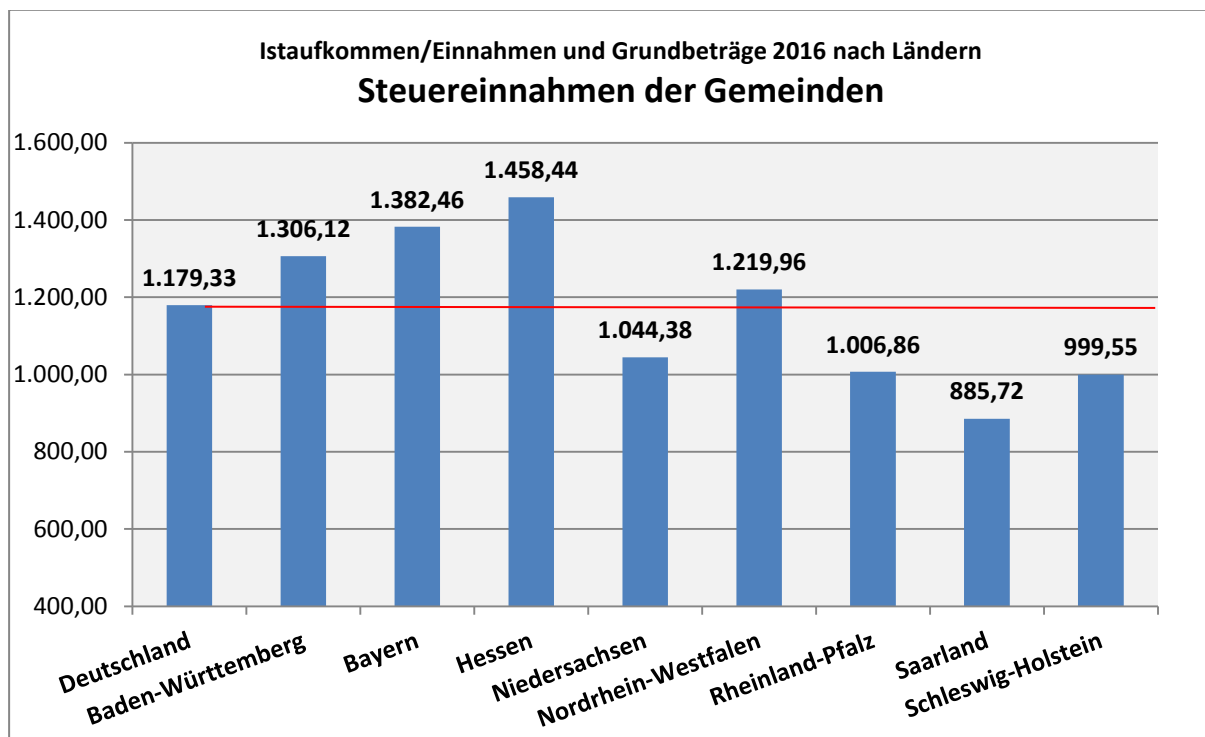
**Übersicht 2: Finanzierungssaldo, Kassenkredite und Sachinvestitionen 2016 in Euro/Einwohner\***

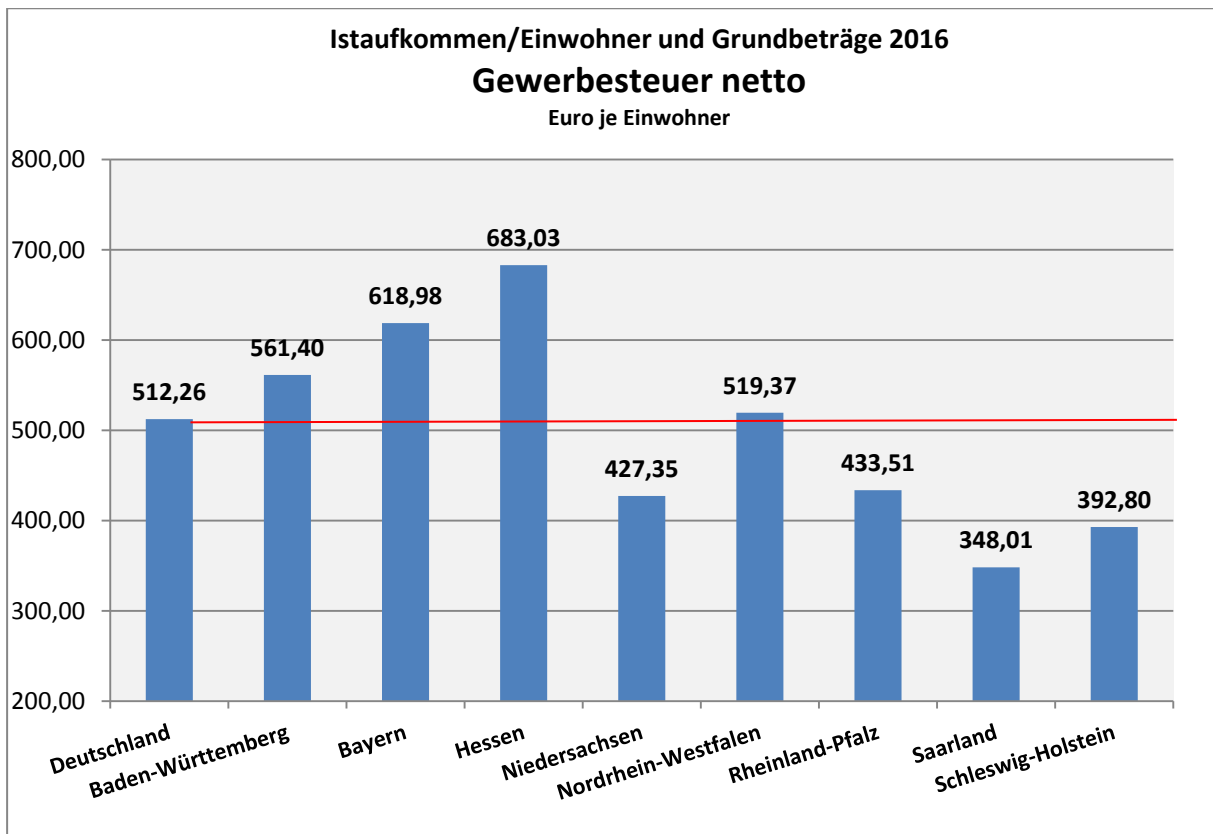
Land	Finanzierungs-saldo 2016	Änderung Finanzierungs-saldo im Vergleich zum Vorjahr	Kassenkredite am 31.12.2016	Anstieg der Kassenkredite im Vergleich zum Vorjahr	Sachinvestitionen 2016	Änderung Sachinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr
- alle Werte in Euro je Einwohner -						
Baden-Württemberg	117	28	13	-7	451	55
Bayern	163	63	16	1	517	4
Brandenburg	68	-39	315	12	221	-11
Hessen	21	59	986	-70	239	14
Mecklenburg-Vorpommern	161	92	403	-63	169	1
Niedersachsen	68	-6	293	-74	294	42
Nordrhein-Westfalen	-14	-4	1.498	22	196	28
Rheinland-Pfalz	-2	-23	1.518	-319	244	5
Saarland	-131	44	2.190	87	151	-19
Sachsen	41	38	30	6	275	25
Sachsen-Anhalt	107	48	656	20	213	12
Schleswig-Holstein	-39	-38	228	-17	277	9
Thüringen	58	-37	72	-11	246	1
West	56	19	700	-31	327	25
Ost	76	19	253	-2	235	8
<b>Insgesamt</b>	<b>59</b>	<b>19</b>	<b>626</b>	<b>-26</b>	<b>312</b>	<b>22</b>

\* Kernhaushalt, Kassenkredite: Vorläufige Ergebnisse

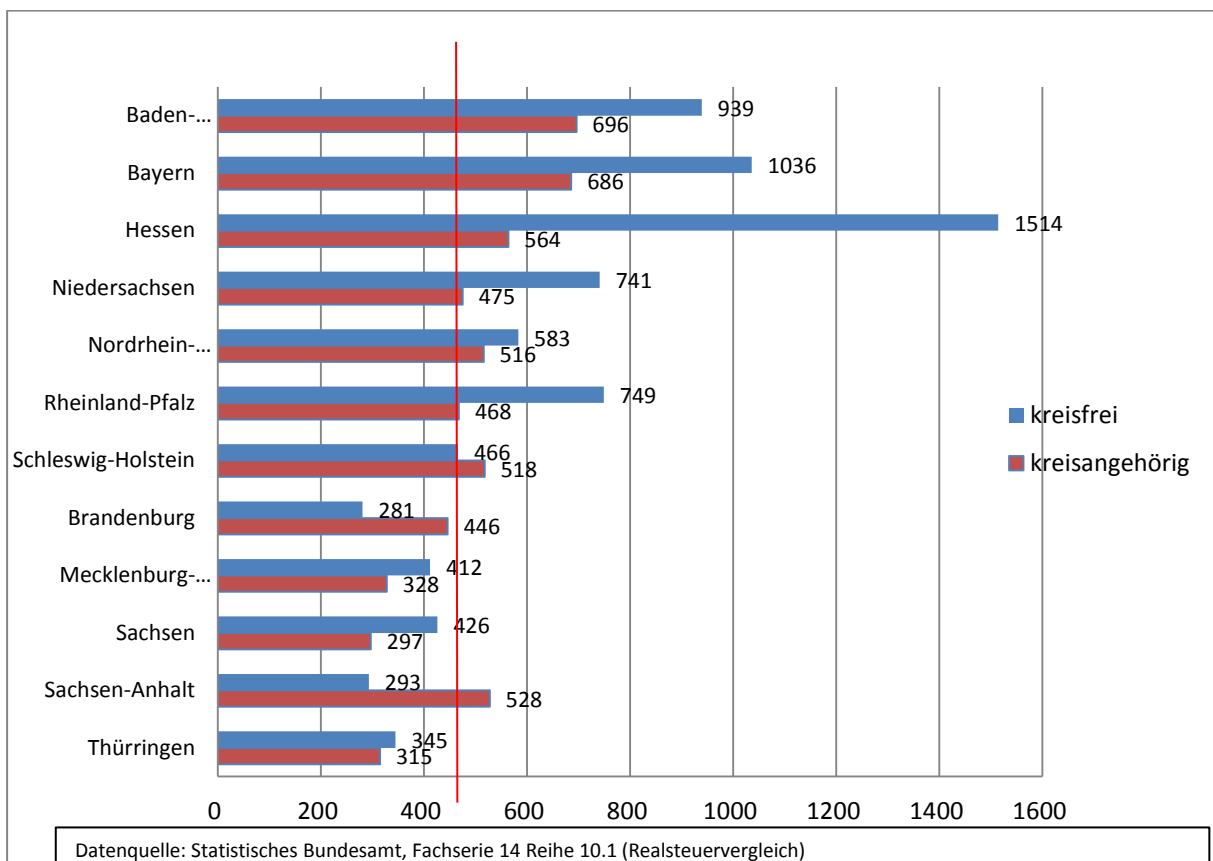
Berechnung mit Einwohnerstand 31.12.2015

Eigene Zusammenstellung und Berechnungen nach der Kommunalfinanzstatistik des Statistischen Bundesamtes.

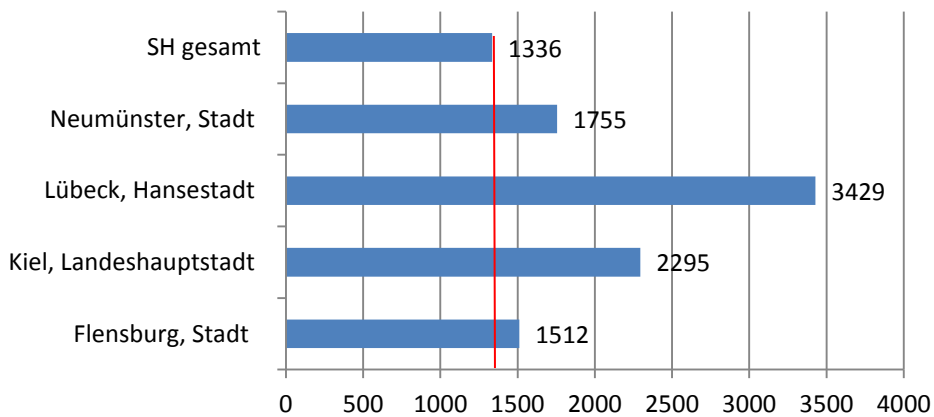




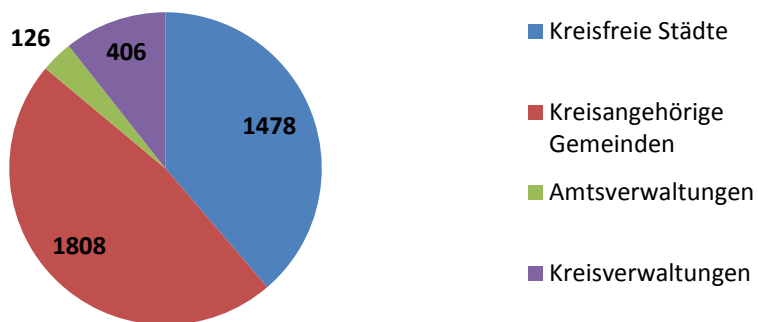
**Eigenfinanzierungsfähigkeit im bundesweiten Vergleich Gewerbsteuerkraft 2016 je Einw. nach Ländern in €**



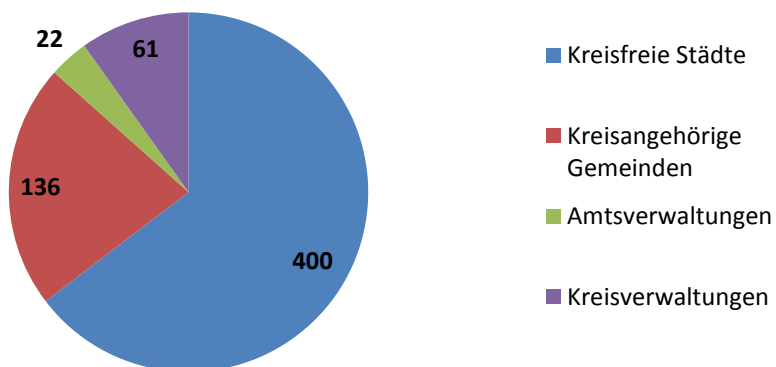
### Verschuldung der Kernhaushalte in €/ je Ew. 2016



### Anteil der Schulden nach Kommunalgruppen 2016 in Mio. €



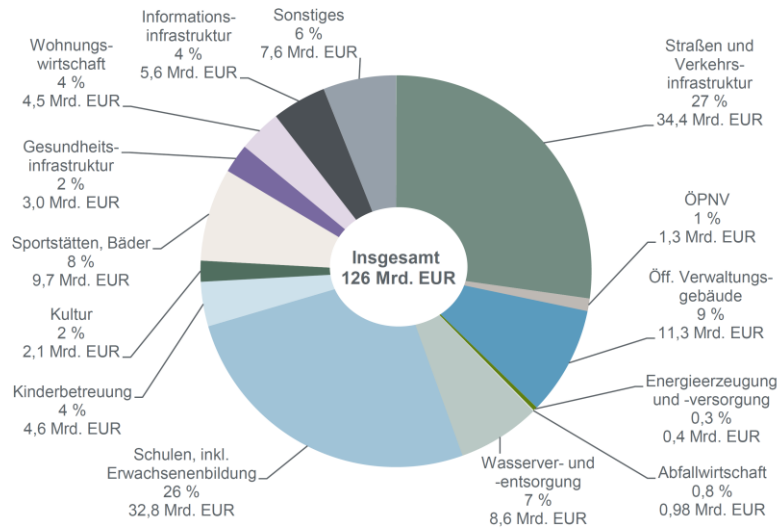
### Anteil der Kassenkredite nach Kommunalgruppen 2016 in Mio. €



## 2. INVESTITIONSRÜCKSTAND

KfW-Kommunalpanel 2017

**Grafik 4: Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen 2016**



Anteil SH nach Königsteiner Schlüssel (3,39 %) rd. 4,3 Mrd. €.